

**Ergebnisprotokoll  
der 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und  
Energie vom 09.02.2012**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.55 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Herr Schmitz  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Frau Kamp  
Frau Sewz  
Frau Kleemann  
Herr Höing  
Herr Eickhoff  
Frau Odenkirchen  
Herr Polzin  
Frau Gerken  
Herr Viering  
Frau Eimert  
Herr Imholze  
Herr Donaubaue  
Frau Pieper  
Herr Schleper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

BBN  
ASV  
ASV

**III Gäste**

Herr Dr. Steinbrück  
Herr Schlüter  
Herr Haase  
Herr Roßberg  
Herr Eisenberg  
Herr Arndt

Behindertenbeauftragter Bremen  
OAL Osterholz  
Beirat Osterholz  
Beirat Hemelingen  
Vorstandssprecher BSAG  
BSAG

***IV***    ***Gastdeputierte***

Frau Kennard  
Herr Sulimma  
Herr Werner  
Herr Saxe  
Frau Neumeyer

SPD  
SPD  
Bündnis 90/Die Grünen  
Bündnis 90/Die Grünen  
CDU

**Herr Senator Dr. Lohse** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt **Herrn Eisenberg** als neuen Vorstandssprecher der BSAG vor.

**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

**Herr Senator Dr. Lohse** gibt zur Rolle der Beiräte sowie zur Information von Beiräten und Deputation eine Erklärung ab:

Seit der Februardeputation werden alle Sitzungsunterlagen auch online bereitgestellt. Dies geschehe zur Vorbereitung der Diskussion in der Deputation. Diese Diskussion dürfe nicht vorab mit Beiräten und Journalisten, sondern müsse in der Deputation geführt werden. Dieses Recht sollten die Deputierten auch für sich einfordern. Grundsätzliche strategische Entscheidungen werden nicht im Stadtteil, sondern in der Deputation gefällt. Gleichwohl müssen die Beiräte angemessen beteiligt werden. Hierzu kann es je nach Thema notwendig sein, eine Vorlage in zwei Lesungen in der Deputation zu behandeln.

Zudem befinde sich noch die Durchführungsrichtlinie über die Beteiligung der Beiräte in der Bearbeitung und Abstimmung. Diese werde zusätzlich zur Klarheit beitragen.

**Herr Arndt** problematisiert, dass gleichzeitig mit der online-Veröffentlichung der Unterlagen auch die Presseberichterstattung erfolgt. Bei diesem Vorgehen könne sich der Beirat nur übergangen fühlen. In dem Fall müsse man den Beiräten auch zugestehen, vor einer Sitzung über diese Themen zu diskutieren.

**Herr Pohlmann** begrüßt die Idee, ggf. zwei Lesungen/ Befassungen zu einem Thema durchzuführen. So könne auch dem ernst gemeinten Wunsch der Regierungskoalition nach mehr Bürgerbeteiligung nachgekommen werden. Er gebe dem Senator aber darin Recht, dass es auch übergeordnete Themen gebe, die die Deputation zu entscheiden habe.

**Herr Schlüter** kritisiert, dass die Beteiligung der Beiräte zu TOP 5 Land nicht stattgefunden habe. Dies müsse nachgeholt werden.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/07 der Sitzung am 12.01.2012)	
-------	---	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	--	-----

**Herr Imhoff** bittet um Auskunft, aus welchem Grund er den Bericht zum Kompensationsflächenpool erst in rd. ½ Jahr erhalten soll. **Frau Kamp** sagt eine bilaterale Klärung zu.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

TOP 4	Umbau Verwaltung Infrastruktur (UVI) -1-	Vorlage 18/82	L/S
-------	---	------------------	-----

**Herr Jägers** fragt nach, welche der Maßnahmen auch für Bremerhaven übertragbar sind.

**Frau Odenkirchen** berichtet, dass drei Projekte unmittelbar auch Bremerhaven betreffen (Wohngeldsoftware, Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS), Umstellung der Lichtsignalanlagen auf LED).

**Herr Hipp** erklärt, seine Fraktion habe Zweifel, ob das Programm in der aufgelegten Form notwendig sei. Die Projekte hätten im Haushalt auch anders dargestellt werden können. Die Vorlage habe nicht dazu beigetragen, diese Zweifel auszuräumen, da teilweise die Aussagen zur Wirtschaftlichkeit fehlen oder sehr vage seien. Daher werde die CDU-Fraktion die Vorlage ablehnen.

**Herr Hamann** spricht unter Punkt 6 die Beraterkosten von 65.000 € an und bittet um Erläuterung. **Herr Jägers** erklärt, dass diese Frage bereits vom Ressort bilateral beantwortet wurde.

**Herr Saxe** lobt die Initiative im Bereich „Dienstliche Mobilität in der Bremischen Verwaltung.“ Hier gebe es große Umsteuerungs- und Einsparpotenziale. Auch die Maßnahme im Bereich Shared Space sei sehr positiv. An dem angedachten Standort werde es erhebliche positive Auswirkungen für die Wirtschaft vor Ort geben.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt den in der Vorlage dargestellten UVI Maßnahmen Ziffer 1 – 9 und deren Finanzierung und einer anteiligen Finanzierung der Maßnahme Verkehrstechnische Verbesserung von Lichtsignalanlagen durch ÖPNVG- und GVFG-Mittel zu.*

- Gegen die CDU – Fraktion -

TOP 5	Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV Programmplanung -5-	Vorlage 18/74	L/S
-------	---	------------------	-----

**Herr Senator Dr. Lohse** weist auf die Austauschseite mit dem geänderten Beschluss Nr. 3 hin.

**Herr Polzin** stellt die wesentlichen Inhalte der Vorlage vor, insbesondere zu den Entwicklungen für die Linien 2 und 10, wo keine positiven Nutzen-Kosten-Koeffizienten abzuleiten sind. Gleichwohl soll im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans die weitere Entwicklung der Verkehrsflächen geprüft werden.

Parallel sei eine Eckverbindung Georg-Bitter-Straße – Bismarckstraße / Stresemannstraße – Steubenstraße als Verbindung von der Vahr in die östliche Vorstadt untersucht worden. Die Berechnungen habe eine sehr hohe Nachfrage ergeben. Auch die Kosten-Nutzen-Analyse habe einen Faktor von deutlich über 1 ergeben. Das Ressort bittet die Deputation, entsprechende Verhandlungen mit dem Bund aufnehmen zu dürfen.

Einige Bahnhofsmaßnahmen kommen leider nicht so voran wie geplant. Dennoch sollen die Bahnhöfe Bremen-Neustadt, Oberneuland, Hemelingen-Süd, Bremerhaven-Wulsdorf und die Verlegung Föhrenstraße in diesem Jahrzehnt realisiert werden, da bis dahin die entsprechenden Förderprogramme auslaufen.

**Herr Jägers** bedankt sich für die Vorlage. Gleichwohl hätte er gehofft, dass die Bahnhofsmaßnahmen schneller umgesetzt werden. Planungen für Querverbindungen seien generell sehr zu begrüßen, um nicht immer über den Hauptbahnhof fahren zu müssen. Es sei auch positiv, dass zur Linie 2 und 10 Alternativen entwickelt wurden, um so dennoch die zur Verfügung stehenden Bundesmittel abrufen zu können. **Herr Jägers** hält Mitbestimmung für sehr wichtig. Die Linienführung der BSAG sei aber übergeordnet als Ganzes zu betrachten. Hier stimme er dem Senator zu, dass grundsätzliche strategische Entscheidungen nicht im Stadtteil, sondern in der Deputation zu treffen seien.

**Herr Arndt** spricht an, dass sich die Kostenentwicklungen bei der Verlängerung der Linie 1 verbessert haben und zweifelt insofern an, dass sie sich bei der Linie 2 so verschlechtert haben, dass man Abstand von der Verlängerung nehmen möchte. Für ihn sei unklar, ob z.B. die Vorhalteflächen für die Linie 2 nun verkauft und z.B. als Wohnfläche genutzt werden sollen. Dies würde er für kontraproduktiv halten. Die Querspange über die Stresemannstraße / Steubenstraße sei gut. Gleichwohl sei die Verlängerung der Linie 2 nicht nur bis zur Osterholzer Landstraße, sondern bis zur Hans-Bredow-Straße eminent wichtig. Vermutlich habe die Verwaltung nur eine grobe Betrachtung der Wirtschaftlichkeit durchgeführt, so dass diese vermutlich wirklich nicht gegeben sei. Letzteres zweifle er an. Es wäre wichtig gewesen, die Beiräte Osterholz und Hemelingen ebenso wie die betroffenen Beiräte zur Verlängerung der Linie 1 vorzeitig zu beteiligen.

**Herr Arndt** stellt die aus seiner Sicht vorhandenen Schwierigkeiten für die Menschen in Hemelingen und Osterholz dar, bestimmte Orte mit dem ÖPNV zu erreichen. Diese Schwierigkeiten könnten z.B. behoben werden, indem man die Linie 2 bis zur Malerstraße verlängert. Der gesamte Bereich Hemelingen, Mahndorf und Arbergen wäre damit z.B. an das Stadtamt angebunden. Er beantragt die Aussetzung der Vorlage um mindestens zwei Monate. In der Zwischenzeit soll intensiv mit den Beiräten diskutiert werden.

**Herr Hipp** hält es für normal, dass eine solche Vorlage im Moment der online-Stellung in den Stadtteilen diskutiert wird und es viele Nachfragen dazu gibt. Es sei fatal, diese Diskussionen vor Ort abzuwürgen und in der Deputation über den Kopf der Menschen die Beschlüsse zu fassen. Eine Befassung aller betroffenen Beiräte sei voranzustellen. Hierzu gehören auch die Vahr und die Östliche Vorstadt. Erst dann sollte über den 4. Beschlussvorschlag der Vorlage abgestimmt werden. Er beantragt daher die Aussetzung dieses Beschlussvorschlages.

**Herr Schmitz** weist auf die Kennzahl von 0,53 für die Linie 2 hin. Es sei unverantwortbar von der Politik, wenn sie diesen schlechten Wert nicht zur Kenntnis nimmt und umsteuert. Daher

sei seine Fraktion gegen eine Aussetzung. Der neue Beschluss Nr. 3 sage zudem klar aus, dass die Deputierten und die Behörde mit den betroffenen Beiräten die Sachlage erörtern werden.

**Herr Pohlmann** erinnert daran, dass die Deputierten im Jahr 2008 selbst um kontinuierliche Berichterstattung zur Kostenentwicklung der Straßenbahnlinien gebeten hatten. Insofern müsse die Deputation nun zur Kenntnis nehmen, dass im Bereich der standardisierten Bewertung der Linie 2 die Kennzahl deutlich gesunken sei. Die Deputation müsse sich mit der Tatsache vertraut machen, dass seinerzeit gewünschte Dinge doch nicht mehr möglich sind. Es sei sehr verantwortungsbewusst, nach Alternativen zu suchen und die Fördermittel nicht verfallen zu lassen. Auch seine Fraktion sehe sich hier in der Verantwortung über eine übergeordnete Maßnahme (wie den Ausbau des ÖPNV) zu entscheiden. Hierzu seien die Deputation von der Bremischen Bürgerschaft eingesetzt worden.

**Herr Saxe** stimmt dem zu. Es sei sehr verantwortungsbewusst, nach Alternativen zu suchen. Die Programmplanung müsse weiter entwickelt werden. Er sei nicht der Auffassung, dass die Beiratsbeteiligungen missachtet werden, wenn explizit beschlossen wird, dass mit den Beiräten Gespräche geführt werden und dann erneut eine Deputationsbefassung erfolgt. Dies sei eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den Beiräten.

**Herr Hipp** beantragt, die Beschlusspunkte einzeln abzustimmen und den Beschlussvorschlag Nr. 4 auszusetzen, bis eine Beiratsbefassung stattgefunden hat.

**Herr Strohmann** hält den Beschlussvorschlag 4 für eine Vorfestlegung und stimmt **Herrn Hipp** zu. Es sei unschädlich vor Beschlussfassung eine Befassung der Beiräte durchzuführen.

**Frau Dr. Schaefer** erinnert ebenfalls daran, dass die Deputation in regelmäßigen Abständen um Kostenübersichten gebeten habe. Sie bittet darum, mit den Beiräten insbesondere auch darüber zu sprechen, was mit den angekauften Grundstücken an der Osterholzer Heerstraße geschehen wird. Generell sei der Beirat in die weitere Verkehrsentwicklungsplanung und städtebauliche Entwicklung des Gebietes eng einzubinden.

**Herr Saffe** wünscht sich, dass trotz der Diskussion über die Enge der Steubenstraße die Idee für die Straßenbahnverbindung von der Vahr / Tenever ins Bremer Viertel nicht verloren geht. Diese Linie würde dazu beitragen den KfZ-Verkehr zu reduzieren. Dies wiederum würde die Lebensqualität deutlich erhöhen und im Nebeneffekt zur Verbesserung der Luftqualität beitragen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

**Herr Jägers** weist darauf hin, dass standardisierte Bewertungen nach einer Bundesrichtlinie stattfinden. Insofern stelle er sich voll hinter die Verwaltung.

**Herr Staatsrat Golasowski** berichtet aus der letzten Beiratssitzung in Osterholz, in der über das Busliniennetz diskutiert wurde. Dort wurde das Ressort darum gebeten, eine mögliche Verbindung über die Hermann-Koenen-Straße in Richtung Blockdiek oder in Richtung Vahr über die Wilhelm-Busch Siedlung zu prüfen. Dies war eine Planung, die es sehr grob bereits schon einmal gab. Die BSAG habe dies nicht weiter verfolgt, da zumindest im Bereich des Mercedes-Benz-Werkes mit wenig Frequenz zu rechnen war. Er sagt zu, dass die BSAG und das Ressort mit dem Beirat Osterholz hierzu in Gesprächen bleiben.

**Herr Haase** erklärt zum Thema Beirätebeteiligung zur Linie 2 und 10, dass der Beirat Osterholz über lange Zeit im Vorfeld deutlich zu seiner Zufriedenheit beteiligt war. Daher sei der Beirat verwundert, ausgerechnet die Entscheidung über eine Nichtverlängerung über die Presse zu erfahren. Wenn dem Beirat überzeugend dargelegt wird, wie sich die Kosten entwickelt haben, werde sich der Beirat überzeugen lassen. Der Beirat möchte aber die Option offenhalten, ggf. später die Linie 2 bis zur Hans-Bredow-Straße bzw. bis Oyten verlängern zu können.

Als die Verlängerung der Linie 10 in die Hermann-Koenen-Straße diskutiert wurde, konnte sich der Beirat eine kurze Verbindung durch den Grünzug bis zur Linie 1 vorstellen. Leider soll nun

auch noch die Linie 38 eingestellt werden. Der Beirat wünscht eine Querspange über diese Trasse zu prüfen und möglicherweise einen Probebetrieb aufzunehmen.

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert abschließend daran, dass das Ressort gegenüber der Deputation in der Berichtspflicht stand und dieser Bericht nicht vorab befassungs- oder zustimmungspflichtig durch die Beiräte war. Dies sei ein Dilemma, da die Beiräte nun vorab die Unterlagen sichten können und an das Ressort mit der Frage herantreten, warum sie nicht zuerst gefragt wurden. Die Beiräte müssen an der Stelle jedoch nicht gefragt werden. Der Bericht sei das Ergebnis einer Berechnung nach einer Bundesrichtlinie. Wenn eine Konsequenz daraus abgeleitet werden sollte, so werde das Ressort im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung zu gegebener Zeit mit den betroffenen Beiräten diskutieren, wie der Verkehrsraum weiter gestaltet werden soll.

**Herr Roßberg** wünscht sich, dass die Verlängerung der Linien 2 und 10 nicht für immer ausgeschlossen wird. Die Querverbindung sei positiv, insbesondere wegen der besseren Anbindung des Stadtamtes. Nicht gut angebundene Viertel müssen besser angebunden werden. Hierfür sei eine Betrachtung der Gesamtsituation notwendig.

**Herr Senator Dr. Lohse** lässt über den Antrag von **Herrn Arndt** auf vollständige Aussetzung abstimmen: Der Antrag wird abgelehnt.

**Herr Senator Dr. Lohse** lässt über den Antrag von **Herrn Hipp**, nur den vierten Beschlussvorschlag auszusetzen, abstimmen. Der Antrag wird abgelehnt.

**Herr Senator Dr. Lohse** lässt über den Antrag von **Herrn Hipp**, alle Punkte getrennt aufzurufen, abstimmen: Der Antrag wird angenommen.

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.*  
- einstimmig -
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die anstehende Überprüfung der Varianten Linie 1 und 8 zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um erneute Berichterstattung nach Vorliegen der Prüfergebnisse.*  
- einstimmig -
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt zur Kenntnis, dass die Verlängerung der Straßenbahnlinie 2 und 10 mittelfristig nicht weiter verfolgt werden soll. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dies mit den betroffenen Beiräten zu erörtern und darüber in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.*  
- einstimmig -
4. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, mit dem BMVBS über den Tausch der Linienverlängerungen 2 und 10 durch die Straßenbahnstrecke Georg-Bitter-Straße – Bismarckstr. / Stresemannstraße – Steubenstraße im*

*Großvorhabenprogramm „04 – G 26T Integrierter Schienenausbauplan Region Bremen (ÖPNV und SPNV)“ zu verhandeln und bei einem Erfolg mit der Erstellung weiterer Planungen zu beginnen.*

*- Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion -*

<b>TOP 6</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 6a)</b>	<b>Europäische Territoriale Zusammenarbeit (INTERREG) im Land Bremen 2007–13 mit Ausblick auf 2014-20</b> -04-	BdV schriftlich

**Herr Senator Dr. Lohse** weist auf die verteilte Broschüre hin.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 6b)</b>	<b>Fahrplangestaltung der BSAG in Bremen-Nord</b> -50-4-	BdV schriftlich	L/S
----------------	---	--------------------	-----

**Herr Sulimma** berichtet, dass die Information durch die BSAG sehr gut gelaufen sei, mit Plakaten, kleinen Broschüren, etc. Viele Menschen mussten sich erst an die neuen Buslinien gewöhnen. Die Farge – Vegesacker – Eisenbahn mit der neuen Taktung müsse zudem erst einmal stärker ins Bewusstsein der Nutzerinnen und Nutzer gelangen.

**Herr Sulimma** erklärt, dass der Ortsteil Schönebeck ursprünglich durch straßenbauliche Maßnahmen, die nun doch nicht realisiert werden, in die Planung einbezogen werden sollte. Dass dies nicht erfolgt, sei sehr bedauerlich. Zudem sei die Erreichbarkeit des Klinikums Bremen-Nord am Wochenende, insb. für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frühschicht (Beginn 6 Uhr), nicht mehr gegeben. Dies sei ein falsches Zeichen, weil das Klinikum ein sehr großer Arbeitgeber ist.

**Frau Dr. Schaefer** bedankt sich für den Bericht. Nachdem sich die Situation vor Ort eingespielt hatte, wurde durch die BSAG noch sehr viel nachgebessert. Auf viele Anregungen konnte auch eingegangen werden. Ein Hauptanliegen für Bewohner und Geschäftsleute vor Ort sei die Reduzierung der Busverkehre in der Sager Straße. Allen Deputierten sei bewusst, dass man das Ziel „Eine Stadt – ein Tarif“ nicht sofort umsetzen kann. Um die Menschen stärker dazu zu bewegen, vom Bus auf die Bahn umzusteigen, sollte beim VBN weiterhin darauf hingewirkt werden, dass im Rahmen der Tarifstrukturreform dieses Thema weiter behandelt wird.

**Frau Neumeyer** bedankt sich für den informativen Bericht. Er stelle ein gute Diskussionsgrundlage war. Dennoch gebe es immer wieder Rückmeldungen von Nutzerinnen und Nutzern der Linie 90 in Rönnebeck / Höhe Amtsweide. Dort seien die Busse weiterhin überfüllt. Sie bittet die BSAG um weitere Überprüfung.



**Herr Arndt** (BSAG) erklärt, dass alle genannten Kritikpunkte bereits bekannt seien. Es gebe regelmäßige Austauschtreffen mit der Verkehrsabteilung des SUBV. Hier wurden bereits zahlreiche Anregungen diskutiert und anschließend umgesetzt. Es werde zum kommenden Fahrplanwechsel am 26.3.2012 weitere Verbesserungen geben. Die BSAG geht davon aus, dass mit der Durchbindung der RS 1 nach Bremen – Nord bzw. Verden die Fahrgastzahl weiterzunehmen wird. Sofern es Nachbesserungsbedarf im Hinblick auf die Anbindung an das Klinikum Bremen – Nord gebe, werde die BSAG versuchen, diese Bedarfe zu decken.

**Herr Polzin** erklärt, dass nach der Durchbindung der S 1 erwartet wird, dass deutlich mehr Fahrgäste in Farge und in Blumenthal in die S 1 einsteigen. Anfang März werde der Testbetrieb beginnen. Ab April soll der durchgehende Betrieb eingeführt sein.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung vom zur Kenntnis.*

TOP 6c)	<b>Studie der ARGE Freier Wohnungsbau zur nachhaltigen Belegung des Wohnungsbaus in der Stadt Bremen</b> -73-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 7	<b>Verschiedenes</b>	
-------	----------------------	--

**Frau Dr. Schaefer** bittet um einen Bericht zur Evaluation der Baumschutzverordnung. Zudem bittet sie um einen Bericht über mögliche Auswirkungen auf das Bremische Trinkwasser durch Fracking-Wasser in der Nähe von Dörverden, wo es zu Benzol-Unfällen gekommen sei.

**Herr Gottschalk** bittet um einen Bericht zu den Ergebnissen und möglichen Auswirkungen des Vermittlungsausschusses zum Kreislaufwirtschaftsgesetz.

**Herr Gottschalk** bittet um Informationen zur **Klagemöglichkeit** in Sachen **Gleis 1-Ausbau**.

**Herr Staatsrat Golasowski** berichtet von Gesprächen mit dem Beirat Mitte. Der Beirat sei gut durch ein Beiratsmitglied, das anwaltlich in diesen Dingen tätig ist, beraten worden. Gemeinsam wurde anschließend eine eigene Bewertung vorgenommen, welche Erfolgsaussichten eine Klage von Seiten der Stadtgemeinde hätte. Es wurden drei Hürden identifiziert:

Zum einen wurde im Rahmen der Trägerbeteiligung das Hauptargument, das nun Gegenstand der Klage sein sollte (im Bahnhof werde es lauter), nur sehr unspezifisch vorgetragen. Wenn man jetzt eine Klage darauf stützen würde, wäre es möglich, der sog. Präklusion zum Opfer zu fallen. D.h. das Argument ist im Trägerverfahren nicht vorgetragen worden und kann deshalb auch nicht Gegenstand einer Klage sein. Ein zweiter Aspekt war die fehlende zweifelsfreie Begründung, warum die Stadtgemeinde eine Klagebefugnis haben soll, weil es im Bahnhof der DB lauter wird. Ein dritter Aspekt war, dass die Handlungsmöglichkeiten, die Geräusentwicklung im Bahnhof zu verringern, sehr eingeschränkt seien. Zusammenfassend wurden nur geringe Chancen für eine Klage der Stadtgemeinde gesehen. Entsprechend wurde dies auch im Senat diskutiert und abgestimmt.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet ergänzend aus der Diskussion im Senat. Im Grundsatz sei es immer Auffassung des Senats gewesen, dass der Ausbau dieses Gleises auch gewünscht wird. Da nicht wirklich vorstellbar war, was im Bahnhofsbereich selber technisch realisiert werden soll, d.h. was das Ziel einer erfolgreichen Klage sein könnte, hätte man den Ausbau höchsten verzögern oder verhindern können, was im Widerspruch zum Ursprungsinteresse des Senats liege. Daher habe man von einer Klage Abstand genommen. Dennoch sollen die Gespräche mit der DB AG weiter geführt werden. Möglicherweise könnten an verschiedenen neuralgischen Punkten noch Verbesserungen erreicht werden. Beim Besuch des Bundespetitionsausschusses in Walle habe sich zudem gezeigt, dass man auf Bundesebene noch mehr gegen den Bahnlärm tun müsse.

**Herr Pohlmann** berichtet, wie es zu dem Besuch des Bundespetitionsausschusses kam. Dies sei nicht zuletzt dem hohen Engagement der BürgerInnen und PolitikerInnen vor Ort zu verdanken. Es wurden die Möglichkeiten des Baus einer Lärmschutzwand sowie technische Detailfragen erörtert. Die Sprecher des Bundespetitionsausschusses haben angekündigt, dass in ca. 4 Wochen Ergebnisse vorliegen werden. In welchem Maße es zu Verbesserungen kommen wird, bleibe abzuwarten. Gleichwohl sei der Besuch für die BürgerInnen ein sehr großer Erfolg.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.



Vorsitzender



Sprecher



Protokoll